

Das "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Österreich und Dänemark 15,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. (postlich) Ausland-Zustellung, per Brief für Deutschland und Dänemark 30,- M. Bestellungen, Expeditoren und Verlag: Berlin S. O. Berlin Straße 8-9.

Die abendseitige Hauptausgabe über deren Preis 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befuche 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Befuche in Wer-Anzeigen: das letzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreiser: Zentrum 2020, 2645, 4510 4603, 4635, 4642, 4822.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Urwahlen

Berlin

1. Distrikt: 174 für, 230 gegen.
2. Distrikt: 245 bzw. 286.
3. Distrikt: 455 bzw. 562.
4. Distrikt: 1905 bzw. 1071.
5. Distrikt: 325 bzw. 559.
6. Distrikt: 1001 bzw. 667.
7. Distrikt: 874 bzw. 1016.
8. Distrikt: 893 bzw. 470.
9. Distrikt: 584 bzw. 667.
10. Distrikt: 602 bzw. 564.
11. Distrikt: 745 bzw. 1017.
12. Distrikt: 1493 bzw. 1190.
13. Distrikt: 244 bzw. 267.
14. Distrikt: 982 bzw. 810.
15. Distrikt: 851 bzw. 864.
16. Distrikt: 1050 bzw. 1084.
17. Distrikt: 1433 bzw. 1161.

Gesamtergebnis ohne 8. Distrikt 13849 Stimmen für, 12505 gegen die Bedingungen.

Teltow-Beeskow-Charlottenburg

- Charlottenburg: 874 für 731 gegen.
 Neukölln: 2381 bzw. 2370.
 Schöneberg-Friedenau: 792 bzw. 857.
 Niederschöneweide: 67 bzw. 80.
 Dahlem: 11 bzw. 12.
 Mariensfeld: 30 bzw. 46.
 Mariendorf: 131 bzw. 178.
 Tomowes: 353 bzw. 271.
 Tempelhof: 192 bzw. 135.
 Köpenick: 320 bzw. 240.
 Steglitz: 157 für, 298 gegen.
 Mittenrad: 37 bzw. 19.
 Riedersee: 8 bzw. 12.
 Teltow: 58 bzw. 87.
 Wannsee: 34 bzw. 48.
 Niederschöneweide: 67 bzw. 80.
 Sudow: 5 bzw. 25.
 Zehlendorf: 55 bzw. 61.
 Hohen: — bzw. 11.
 Königswusterhausen: 21 bzw. 37.
 Trebbin: 17 bzw. 14.

Potsdam 4

- Richtenberg: 1124 für 1012 gegen.
 Karlsruh: 80 bzw. 53.
 Reinickendorf-West: 375 bzw. 285.
 Spandau: 197 bzw. 230.
 Potsdam: 82 bzw. 164.
 Staaken: 59 bzw. 14.
 Ludenwalde: 124 bzw. 225.
 Schönefeld: — bzw. 24.
 Pantow: 561 für, 369 gegen.
 Reinickendorf-West: 374 bzw. 285.
 Wittenau: 124 bzw. 38.
 Bernau: 54 bzw. 88.
 Reinickendorf-Ost: 762 bzw. 335.
 Hohenneudorf: 163 bzw. 22.
 Friedrichshagen: 208 bzw. 55.
 Karlsruh: 50 bzw. 53.
 Straßau: 135 bzw. 44.
 Friedrichshagen: 264 bzw. 74.
 Oberschöneweide: 204 bzw. 154.
 Erkner: 27 bzw. 5.
 Bruchmühle: 19 bzw. 9.

- Bollersdorf: 23 bzw. 8.
 Gellersdorf: 20 bzw. 2.
 Rheinsberg: 68 bzw. 5.
 Perleberg: 19 bzw. 28.
 Belten: 63 bzw. 74.
 Jüterbog: 14 bzw. 28.
 Beelitz: 22 bzw. 38.

Vorläufiges Ergebnis in Magdeburg

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)
Magdeburg, 4. Oktober.

Vorläufiges Ergebnis der Abstimmung in Magdeburg-Stadt: Die Liste der Gegner der Bedingungen erhielt 601, die Befürworter 655 Stimmen. Es haben von 5100 nur 1256 Mitglieder ihre Wahlrecht ausgeübt.

In Bremen nur Gegner der Bedingungen gewählt

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Bei der gestrigen Urwahl wurden in Bremen 5 Gegner der Bedingungen gewählt. Die Anhänger der Bedingungen erhielten 455 Stimmen und kein Mandat, die Gegner erhielten 394 Stimmen und fünf Mandate.

Die Abstimmung der USP. Leipzigs

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Die gestrige Urabstimmung hat bis jetzt folgende Teilergebnisse ergeben: 11 876 Stimmen gegen 7789 für die Moslauer Bedingungen. Es stehen noch verschiedene Bezirke aus, das Verhältnis dürfte sich aber nicht mehr viel ändern.

Die Abstimmung des Bezirks Plauen

Folgendes Teilergebnis: 362 Stimmen für, 1119 gegen die Bedingungen; davon entfallen auf Stadt Plauen: 294 Stimmen für, 614 gegen die Bedingungen.
 Reimnitzhan: 15 Stimmen für, 180 gegen die Bedingungen.
 Zwidau: 21 Stimmen für, 159 gegen die Bedingungen.
 Rodewitz: 32 Stimmen für, 67 gegen die Bedingungen.
 Auersbach: — Stimmen für, 99 gegen die Bedingungen.

Schwache Beteiligung in Frankfurt a. M.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)
Frankfurt a. M., 4. Oktober.

Für die Bedingungen wurden 1109, dagegen 1024 Stimmen abgegeben. Von etwa 10 000 Mitgliedern haben sich nur wenig über 2000 an der Urwahl beteiligt.

Vorläufiges Ergebnis in Mannheim

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)
Mannheim, 4. Oktober.

Die Abstimmung dürfte etwa 700 Stimmen für und 500 gegen die Bedingungen ergeben. Ein genaues Ergebnis liegt noch nicht vor.

Der Betriebsrätekongress

Nach langem Zögern hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Betriebsrätefrage zugewandt. Dem unumgänglichen und darum völlig verpufften Beschluß von Nürnberg, der durchaus ein Beschluß gegen die Betriebsräte war, folgte eine Pause der Untätigkeit, in der es schien, als ginge die von der gesamten Arbeiter- und Angehörten-Schaft als brennend empfundene Frage der Organisation der Betriebsräte die Spitze der zahlenmäßig mächtigsten Arbeiterorganisation in Deutschland nichts an. Ein selbstames Benehmen, aus dem nur geschlossen werden kann, daß dem Bundesvorstand der Blick für die Notwendigkeiten der Zeit völlig fehlt. Ein schwerer Fehler, der die Unklarheit über die Betriebsrätefrage endlos steigerte, weil die zur Führung berufene Stelle verlagte. Das Zögern des Bundes übertrug sich auf die breiten Schichten der Arbeiter, die ihre Parole immer noch nur von den Gewerkschaften erwarten. So wirkte der Bund hemmend, statt fördernd. Kein Wunder daher, daß andere Arbeitergruppen, besonders die Anhänger unserer Partei, die die hohe Bedeutung der Betriebsräte und ihrer Organisation für die Arbeiterklasse erkannt und in der Frage bereits eine feste Stellung gefunden hatten — kein Wunder, daß sie, die ohnehin der Taktik des Bundes kritisch gegenüberstanden, in der Betriebsrätefrage den Gewerkschaftsbund mit schärfstem Mißtrauen verfolgten.

Und weiter verfolgt werden. Der Bundesvorstand dürfte sich darüber klar sein, daß seine ersten Schritte, die Herausgabe der neuen Richtlinien für die Organisation der Betriebsräte und die Berufung des Kongresses, beides in Gemeinschaft mit der Afa durchgeführt, Mißtrauen und Mißmut der Arbeiter-Schaft nicht überwinden haben. Sollte ihm diese Einsicht noch fehlen, so wird sie ihm, vermuten wir, auf dem Kongress beigebracht werden. Auch diesen ersten Schritten hasten die Merkmale des zögernden, halb unwilligen Auftretens an. Wer aber zu entscheidender Stunde in entscheidender Frage unentschlossen zögert, muß vorgezogen werden.

Wir wollen nicht lange untersuchen, welche Kräfte und Umstände dem Bundesvorstand sein erstes merkbares Vorgehen auf diesem neuen Boden abgerufen haben, wollen aber auch nicht verschweigen, daß der Einfluß der Afa und die revolutionäre Umwälzung im Deutschen Metallarbeiterverband zu den treibenden Faktoren gehören dürften, neben dem Drängen der Arbeitergruppen, die, wenn auch nicht immer mit den klügsten Mitteln, so doch mit frischem Temperament, aus eigenem zur Organisation der Räte schritten. Insofern erscheint uns das Bündnis der Afa mit dem Gewerkschaftsbund, das wir auch sonst begrüßen, als ein glückliches Verhältnis, und dieses Bündnis des Metallarbeiterverbandes zeigt, daß die hier in einer taktisch klugen, die Einheit der Bewegung wahrenenden Form durchgeführte Revolutionierung der Gewerkschaften allmählich fruchtbar wird.

Es wird die Aufgabe des Kongresses sein, den Anfang, den er selber darstellt, fortzuführen und für die Organisation und Arbeit der Betriebsräte eine feste, für alle brauchbare Basis zu finden. Das bedeutet, daß Gesinnung und Wille des Kongresses sehr weit abseits liegen müssen von den Tendenzen, die bei den Bundeshäuptern noch immer vorherrschend sind.

Diese Gesinnungsrichtung wird mehr als man glaubt wiedergespiegelt von der Tendenz des Betriebsrätegesetzes. Gewiß haben die Gewerkschaftsführer dieses und jenes an dem Gesetz auszusehen. Aber die allgemeine Tendenz des Gesetzes, die dem Betriebsrat in allen Dingen, die das Arbeitsverhältnis nicht direkt betreffen, das Betriebsinteresse als Richtschnur seines Handelns vorschreibt, genügt ihnen durchaus. Daher ihr Zögern in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte. Sie glauben, daß die Existenz der Gewerkschaften in ihrer hergebrachten Form mit ihren üblichen, in ihrer Lohnpolitik begründeten Arbeitsmethoden als Bindeglied für die einzelnen Betriebsräte ausreicht. Trifft das für die Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses im engeren Sinne auch zu, so genügt diese Verbindung nicht für die Erfüllung der allgemein wirtschaftlichen Aufgaben, die wir den Betriebsräten stellen müssen, wenn sie als Organe zur Durchführung einer kollektiven Wirtschaftsverfassung und des Kampfes für sie überhaupt einen Sinn haben sollen. Für diesen Zweck müssen sich die Betriebsräte ihre Organe selber wählen. Hier entscheidet für den Sozialisten nicht das Interesse des einzelnen Betriebes, nicht der „Betriebsrat“ im Sinne des Gesetzes, sondern die Forderung der Arbeiter-Schaft als kämpfende Klasse und ihr Interesse als die wichtigste produzierende und konsumierende Schicht. Körperschaften müssen entstehen, die durch die Beratungen und Handlungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wecken und der Öffentlichkeit zeigen, daß diese Arbeit der Betriebsräte nicht dem Betriebsegoismus dient, nicht Interessentenpolitik, sondern sozialistische Arbeit am Gemeinwohl ist. Nur so können die Betriebsräte dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse den Platz im Leben der Gesellschaft und den Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft erlangt, der ihrer Be-

Die englische Grubenarbeiterbewegung

Paris, 3. Oktober.

Nach einer Londoner Meldung des „Journal“ sollen in Schottland bereits mehr als zehntausend Bergarbeiter die Arbeit verlassen haben. Smillie, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, sei zur Ägerteien; obwohl der Sekretär der Gewerkschaft die Nachricht dementierte, sei der Abgang Smillies durchaus wahrscheinlich.

Wir geben diese Meldung mit starkem Vorbehalt wieder. Der Streikausbruch ist wiederum verschoben worden, die Verhandlungen gehen weiter und es ist eigentlich kein neuer Grund für einen Jurisdikt Smillies gegeben. Bei der ruhigen Ueberlegenheit dieses englischen Gewerkschaftsführers ist ohne zwingende Notwendigkeiten mit einem solchen Schritt nicht zu rechnen.

Die neuen Abmachungen

St. London, 4. Oktober.

Die Krise in der englischen Steinkohlenindustrie scheint jetzt überwunden zu sein. In einer Versammlung unter dem Vor-

sitz des Arbeitsministers Horne formulierten der Vertreter der Grubenarbeiter zusammen mit der Abordnung der Bergwerksbesitzer die Punkte, über welche jetzt die Abstimmung der Gewerkschaften stattfinden wird. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Vorschläge der Bergwerksbesitzer nach den jüngsten Abänderungen sofort von den Arbeitern genehmigt werden. Das letzte Zugeständnis besteht darin, daß die Lohnerhöhung um einen Schilling bereits zur Auszahlung kommen wird, sobald eine Erzeugung von 240 Millionen Tonnen erreicht ist. Bisher war eine Erzeugung von 242 Millionen Tonnen festgesetzt. Da die Grundlage von 240 Millionen Tonnen bereits erreicht ist, wird die erste Lohnerhöhung schon vom 1. Oktober ab zur Zahlung gelangen. Man glaubt, daß der Vorschlag der Arbeiter den Rat erteilen wird, diese Vorschläge sofort anzunehmen.

Französisches Dementi

St. Paris, 4. Oktober.

Die französische Regierung dementiert die aus Russland nach London gelangten Meldungen, daß die französische Mittelmeer-Flotte nach dem Schwarzen Meer abgegangen sein sollte, um Odeffa zu besetzen.

